

LINKE&PIRATEN Wiesbaden - Rathaus - Schlossplatz 6 - 65183 Wiesbaden

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Wolfgang Nickel

- im Hause -

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter
Kristof Zerbe

Wiesbaden, 6. Mai 2015

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Mai 2015

TTIP, CETA, TiSA - kommunale Daseinsvorsorge schützen

Auf Antrag der Fraktion LINKE und PIRATEN vom 14. Mai 2014 hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) beschäftigt und nach Ausschussberatung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juli 2014 einen Beschluss gefasst, der auf eine Berichterstattung durch den Magistrat zielt.

Mittlerweile haben sich die kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigung kommunaler Unternehmen zu den Verhandlungen um TTIP, TiSA und CETA positioniert. Am 27.11.2014 erklärte der Deutsche Städtetag anlässlich einer entsprechenden Beschlussfassung: „Der Deutsche Städtetag sieht in den geplanten Handelsabkommen (TTIP, TiSA und CETA) Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge sowie für die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards. Der kommunale Spitzenverband fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU-Kommission weiter mit Nachdruck für den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und den Erhalt von Sozial- und Umweltstandards einzusetzen.“

Zunehmend beunruhigen die geplanten Abkommen auch Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Am 22. April 2015 fand in Wiesbaden im Haus an der Marktkirche eine gemeinsame Veranstaltung vom Evangelischen Dekanat, dem Bistum Limburg, dem DGB, der GEW, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und attac statt, die sehr gut besucht war. In dieser Veranstaltung wurde recht umfassend über die drohenden Risiken dieser Abkommen informiert.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden sollte dem Beispiel der Landeshauptstadt Mainz und über 100 weiteren Städten folgen, indem sie eine entsprechende Erklärung beschließt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden wendet sich mit einem Appell an die EU-Kommission, das EU-Parlament, die Bundesregierung sowie die Hessische Landesregierung und bekräftigt die Positionen, die die kommunalen Spitzenverbände und der

Verband kommunaler Unternehmen im Oktober 2014 sowie der Deutsche Städtetag am 27. November 2014 verabschiedet haben.

gez. Hendrik Seipel-Rotter
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsassistentin